

Kubicki (FDP): „Veränderungen des Personalbestandes kommen nicht in Betracht“

Kiel - Just an dem Tag, als Peter Harry Carstensen die Große Koalition als gescheitert erklärte, befanden sich für die GdP Oliver Malchow und Karl-Hermann Rehr zu einem Gedankenaustausch beim FDP-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Kubicki (Foto).



Erwartungsgemäß standen der angekündigte Personalabbau und Zukunftsfragen bei der Landespolizei sowie die zunehmende Gewalt gegen Polizisten im Mittelpunkt der gut einstündigen Unterredung. „Seit Jahren hat die schwarz-rote Landesregierung die Hinweise der GdP auf zunehmende Belastungen und Gewalt ignoriert und wenig getan, um Veränderungen herbeizuführen“, sagte Oliver Malchow. Eine Auffassung, die der FDP-Politiker teilte. „Für die Landespolizei gab es bei dieser Landesregierung keine Konzeption“, konstatierte Kubicki. Auch die Frage der GdP-Vertreter, wie - CDU-Verlautbarungen zufolge - einerseits das Personal der Landespolizei trotz Zuwachs von Arbeits- und Einsatzbelastungen abgebaut werden solle, andererseits aber von der Bildung einer zweiten Einsatzhundertschaft gesprochen werde, vermochte Kubicki nicht zu beantworten. „Für die FDP kommen im Falle künftigen Regierungsverantwortung Veränderungen des jetzigen Personalbestandes jedenfalls nicht in Betracht“, so Wolfgang Kubicki. Dies gelte auch für einen polizeilichen Rückzug aus der Fläche.

„In diesem Bereich wird nichts Nachteiliges passieren“, versprach der 57-Jährige. Organisationsüberlegungen schloss Kubicki indes nicht aus. Diese würden ggf. im Gespräch mit der GdP erörtert. Ablehnend zeigte sich der FDP-Politiker in der Frage eines möglichen Verzichts polizeilicher Präsenz in Fußballstadien. „Das ist eine gefährliche Geschichte“, meinte Kubicki. Eine eventuelle Beteiligung der Vereine an den Kosten für notwendige Polizeieinsätze sei jedoch zu prüfen.

Eine Hiobsbotschaft überbrachte Wolfgang Kubicki im Zusammenhang mit der angestrebten „Zweigeteilten Laufbahn“. „Das werden wir aufgrund der sich noch weiter verschlechternden Finanzsituation des Landes in Regierungsverantwortung nicht mehr einhalten können“, sagte er. Auf Einstellungen in den Mittleren Dienst könne langfristig nicht verzichtet werden. Er wolle vor der Wahl nichts versprechen, was er später in möglicher Regierungsverantwortung nicht einhalten könne, erklärte der FDP-Politiker seine Haltung. Aber er werde sich für eine aufgabengerechte Bezahlung einsetzen. „Jedoch hat es für uns oberste Priorität Beförderungen zu sichern. Deshalb werden wir hier endlich vernünftige und vor allem verbindliche Regelungen für Beförderungen schaffen. Und in der Frage der Gewalt gegen Polizisten sah Kubicki das Ende der Fahnenstange noch lange nicht erreicht.

„Die Gewalt dürfte ab Herbst sogar noch zunehmen, wenn die Menschen die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise unmittelbar zu spüren bekommen. Die Polizei als Inkarnation des Staates wird dann der Empfänger der Missstimmung und damit der weiter zunehmenden Gewalt werden“, meinte der Oppositionsführer. Wolfgang Kubicki unterstrich abschließend, dass auch im Falle einer Beteiligung seiner Partei an der Landesregierung die Innen- und Rechtspolitik als Schwerpunkt der FDP erhalten bleibe. „Beides Aspekte gehören zusammen“, so der FDP-Chef. Und auch die Personalvertretungen würden nicht angetastet, sicherte er zu. Oliver Malchow zeigte sich erwartungsgemäß enttäuscht über die Aussagen Kubickis zur Zweigeteilten Laufbahn. „Das hören wir gar nicht gerne. Es ist aber wichtig, dass wir offen darüber reden“, sagte der GdP-Landesvorsitzende. Die GdP werde das Ziel einer Zweigeteilten Laufbahn für die Polizei zwar weiter verfolgen. Dennoch sei es vorrangig von Bedeutung, den Kolleginnen und Kollegen der Polizei Perspektiven aufzuzeigen. „Wenn sich in diesem Punkt tatsächlich spürbar etwas tut, können wir auch mitgehen“, zeigte sich Oliver Malchow gesprächsbereit. Ziel sei eine „aufgabenangemessene Bezahlung für die Polizei“ waren sich Malchow und Kubicki einig.

Der Fokus der Landes-GdP sei auf die Belastung und den Personalbestand der Landespolizei gerichtet. „Bei der Belastung sei eine Grenze längst überschritten. Insofern unterstützen wie in diesem Punkt auch uneingeschränkt den „Notruf“ des Landespolizeidirektors und der gesamten Polizeiführung“, sagte Oliver Malchow. Einschränkungen des Versammlungsrechts seien wenig Erfolg versprechend. „Vor allem, weil insbesondere Veranstaltungen im öffentlichen Raum zugenommen haben, die gar keine Demonstrationen sind“, erklärte der GdP-Landesvorsitzende. Vor dem Hintergrund zunehmender Belastungen der Landespolizei sei deshalb der angekündigte Personalabbau nicht nachvollziehbar. **Text/Foto: Thomas Gründemann**

Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Schleswig-Holstein e.V.,
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel, Telefon 0431-17091, Telefax 0431-17092,
eMail: gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de, 21. Juli 2009 – Nr. 108